



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss

Kiel, 22. Mai 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

66. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 21. Mai 2014, 13:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 13:05 Uhr

Der Innen- und Rechtsausschuss führte zum **Entwurf eines Gesetzes zum Versammlungsrecht in Schleswig-Holstein**, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/119](#), zum Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 18/2514](#), zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/1314](#), und zum Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/1318](#), eine mündliche Anhörung durch. Der Ausschuss kam darüber hinaus überein, den Schleswig-Holsteinischen Richterverband und die Neue Richtervereinigung noch einmal zu einem zusätzlichen Termin einzuladen.

Auf der Grundlage der Vorlage der Fraktion der FDP, [Umdruck 18/2825](#), erhielt das **Aktenvorlagebegehren der FDP-Fraktion zur Vorlage sämtlicher Akten im Zusammenhang mit der Sondervereinbarung der Universität Flensburg mit Prof. Dr. Waltraud Wende aus dem Jahr 2012** das nach der Landesverfassung erforderliche Unterstützungsquorum, indem es von allen Mitgliedern des Innen- und Rechtsausschusses unterstützt wurde.

Zum **Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der Altersbegrenzung für Bürgermeister und Landräte**, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/1550](#), setzte der Ausschuss seine Beratungen fort. Er kam überein, den Gesetzentwurf nach Klärung noch offener Fragen erneut aufzurufen.

Den **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesjustizverwaltungskostengesetzes und weiterer Gesetze**, Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/1469](#), beschloss der Ausschuss, in der nächsten Sitzung erneut aufzurufen.

Das Thema **Datenschutz; Löschung von Facebook-Fanpages des Landes**, Schreiben des Petitionsausschusses vom 24. März 2014, [Umdruck 18/2624](#), wird der Ausschuss - unter anderem vor dem Hintergrund noch ausstehender Gerichtsentscheidungen - nicht weiter beraten.

Der Innen- und Rechtsausschuss setzte die folgenden Punkte von der Tagesordnung ab:

- **Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand der Bundesratsinitiative zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG)**
Antrag des Abgeordneten Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), [Umdruck 18/2806](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes**, Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1445](#)
- **a) NDR-Staatsvertrag weiterentwickeln**,
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/1761](#)
- NDR transparenter, partizipativer und bürgerfreundlicher gestalten**
Änderungsantrag der Fraktionen der PIRATEN, [Drucksache 18/1834](#)
- **b) Versprechen einlösen - Mehreinnahmen an die Beitragszahler zurückgeben**
Antrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/1850](#)
- **Entschließung des Europaparlaments gegen Massenüberwachung umsetzen - Beschwerde gegen Massenüberwachungsprogramme ausländischer Geheimdienste einreichen**
Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1859](#)
- **Personalstruktur und -managementbericht des Landes Schleswig-Holstein einführen**
Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1867](#)

Schluss: 19:10 Uhr

gez. Dörte Schönfelder